



KOMMT ZUR SOLINGER MONTAGSAKTION!

An jedem 2. Montag um 18.00 Uhr
(gerade Kalenderwoche)
zwischen Eingang Hofgarten und
Turm Apotheke, Kölner Straße



TERMINKALENDER:

Infostände von SOLINGEN AKTIV

Immer am letzten Samstag des Monats
von 11 Uhr bis 13 Uhr in SG-Mitte,
zwischen dm und Apotheke

Mitgliederversammlung

Am 18. April ab 15 Uhr im Café
Courage, Klemens-Horn-Str. 3
(auch Nicht-Mitglieder sind herzlich willkommen)

SO ERREICHEN SIE UNS:

SOLINGEN AKTIV Büro:

Klemens-Horn-Str. 3
1. Stock
42651 Solingen

Telefon: 0212 - 22 46 366
E-Mail: solingen-aktiv@gmx.de
web: www.solingen-aktiv.de

Bürozeiten:

Mittwochs 10.00 - 16.00 h
oder nach Absprache

Stadträtin: Gabi Gärtner
Telefon: 0212 - 64 54 935
E-Mail: gabigaertner@t-online.de

Werden Sie gemeinsam
mit uns aktiv!

**Keine neuen
Gewerbegebiete
im Ittertal!**

**10% der Stimmen
unter den Tisch?**

**Mietobergrenzen
müssen steigen!**

Keine neuen Gewerbegebiete im Ittertal!

In seiner Sitzung vom 26. März beschloss der Rat mit Stimmen von CDU, SPD, FDP, BfS, AfD und Piraten: Drei bisherige Freiflächen des Ittertals im Keusenhof, Fürkeltrath 2 und Piepersberg-West dürfen im Rahmen des Regionalplans neu als Gewerbegebiete erschlossen werden. Nur das auch geplante Gebiet Buschfeld wurde abgelehnt - gegen CDU und AfD. SOLINGEN AKTIV hat diese Pläne dagegen mit den Grünen und den Linken entschieden abgelehnt:

Das Ittertal als grüne Lunge, großflächiger Naherholungsraum und Biotopvernetzung zwischen Hilden, Solingen, Haan und Wuppertal darf nicht noch weiter zugebaut werden!

Die landwirtschaftlich genutzten Flächen mit hoher nachhaltiger Fruchtbarkeit müssen bleiben. Eine



Bereitstellung der hügeligen Gelände für Industrie würde Millionen Steuer-gelder verschwenden - mit fraglicher Nutzung. Gewerbegebiete müssen stattdessen auf den leerstehenden Industriebrachen reaktiviert werden bzw. den 50 ha freien Gewerbeflächen außerhalb des Ittertals.

In diesem Sinne hat sich auch die große Mehrheit der Teilnehmer bei der online-Befragung zu den Gewerbegebieten ausgesprochen. Sie haben damit Ausdruck gebracht: Umwelt- und Naturschutz darf nicht gegen Industrie ausgespielt werden. Für eine lebenswerte Zukunft brauchen wir eine **Höherentwicklung der Einheit von Mensch und Natur** - und keine weitere Zerstörung der Natur einschließlich weiterer Versiegelung der Böden zugunsten von engstirnigen profitorientierten Industrieinteressen! Dass die Verwaltung und die Ratsmehrheit die Mehrheitsmeinung der online-Befragung in den Wind schlägt, offenbart erneut ihre undemokratische Haltung!

10 Prozent der Wählerstimmen dürfen nicht unter den Tisch fallen!

CDU, SPD und inzwischen auch die Grünen schlagen vor, bei den Kommunalwahlen in NRW wieder eine 3-Prozent-Klausel einzuführen. Sie wollen angeblich die Arbeitsfähigkeit der kommunalen Parlamente wieder herstellen, die durch die inzwischen zahlreichen kleineren Parteien, Gruppen oder Einzelvertreter gefährdet sei.

Zur Erinnerung: Erst zu den Kommunalwahlen 1999 wurde eine undemokratische Sperrklausel aufgehoben, so dass alle kandidierenden Kräfte, wenn sie mindestens die Stimmen für einen Sitz haben, auch in den Räten vertreten sein können. Auch SOLINGEN AKTIV so seit 2004 im Rat vertreten.

Dass sich in ganz NRW inzwischen viele Wählergemeinschaften und kleinere Parteien und Gruppen gebildet haben und in die Räte eingezogen sind - das ist demokratischer Ausdruck der großen Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien. Und zugleich des aktiven Willens, deswegen nicht in Passivität und Frust zu verfallen, sondern sich aktiv in das kommunale Geschehen einzubringen. So sind die kritischen Stimmen in vielen Räten mehr geworden, die den etablierten Parteien auf die Finger sehen, alternative Vorschläge machen und - in unterschiedlichem Maß und Charakter - eng mit Bewegungen an der Basis verbunden sind. Auch in Solingen kandidierten bei den Kommunalwahlen 2014 insgesamt 12 Parteien, Wählergemeinschaften und Einzelkandidaten - 11 davon sind im Rat vertreten. Ganz offensichtlich passt das einigen der eingesessenen Parteien und Funktionären nicht. Sie wollen lieber unter sich bleiben und die unliebsame kritische Konkurrenz loswerden. (Übrigens braucht man gegen neofaschistische Parteien keine Sperrklausel, sondern deren Verbot!)

Die Folge wäre höchst undemokratisch: Allein in Solingen würden 10,9 Prozent der Stimmen unter den Tisch fallen (beim Wahlergebnis von 2014). Von der eh schon geringen Wahlbeteiligung von 43,8 % würden also noch einmal 10,9 % unwirksam werden. Der

Stadtrat würde also nur noch 32,9 % der Wähler repräsentieren und könnte mit einer Mehrheit von 17 % der Wählerstimmen maßgebliche Entscheidungen fällen! Was für eine tolle „repräsentative Demokratie“! Wir hätten dann ähnliche Zustände wie im Bundestag: Durch die 5%-Sperrklausel wurden bei der Wahl 2013 15,7% aller Wählerstimmen ausgeschlossen. Zu den Europawahlen hat das hat das Bundesverfassungsgericht entschieden: **Die geltende 3%-Hürde sei nicht mit dem Grundgesetz vereinbar. Die Sperrklausel verstöße gegen die Grundsätze der Wahlrechtsgleichheit und der Chancengleichheit der Parteien.**

Welch undemokratische Dreistigkeit ist es daher, auf kommunaler Ebene wieder die Drei-Prozent-Klausel einführen zu wollen! Nicht mit uns!

Die Mietobergrenzen müssen steigen - nicht fallen!

Für Empfänger von ALG II und Sozialhilfe ist es zunehmend schwerer, angesichts steigender Mietpreise eine Wohnung zu finden, die vom Amt voll bezahlt wird. Die Richtlinien dafür muss die Stadt



selbst als „angemessenen Unterkunftskosten“ (= Mietobergrenzen) festlegen. Mitte März legte sie endlich eine angeblich fundierte Neuberechnung vor - aber wie! Statt die Mietobergrenzen gerade bei kleineren Wohnungen zu erhöhen, hat sie sie gesenkt: Max. 246 € statt bisher 258 € werden für die Kaltmiete einer 50

qm-Wohnung ab 1. Mai bezahlt! Und dazu nur 1,48 € pro qm kalte Betriebskosten! Selbst der Betriebskostenspiegel des Mieterbundes geht von 2,20 € pro qm aus! Damit werden die Ärmsten der Armen noch weiter geschröpft - oder in unzumutbare Bruchbuden getrieben. Für Dezernent Krumbein hat die Neuberechnung nur einen Zweck: „Rechtssicherheit“ beim Sparen auf Kosten der Armen zu haben. **Diese neue Grenze muss fallen!**